



Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln am 17.10.2023.

Sitzungsort: im Forum des Rupert-Neudeck-Gymnasiums, St. Amand-Montrond-Str. 1, 48301
Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:33 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Dr. Dietmar Thönnies

Ratsmitglieder

Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen
Wolfgang Danziger	SPD
Dr. Susanne Diekmann	Bündnis 90/Die Grünen
Manfred Gausebeck	SPD
Stephan Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Martin Geuking	FDP
Norbert Gosekuhl	CDU
Margarete Große Wiesmann	CDU
Thomas Höcker	UBG
Peter Holtrup	SPD
Thomas Hülsken	CDU
Sandra Johann	Bündnis 90/Die Grünen
Paul Leufke	CDU
Richard Mannwald	Bündnis 90/Die Grünen

Heinz Mentrup	CDU
Dr. Andrea Quadt-Hallmann	CDU
Hartmut Rulle	CDU
Arnd Rutenbeck	CDU
Dr. Matthias Schliermann	Bündnis 90/Die Grünen
Heinz Siehoff	SPD
Morten Steimann	CDU
Susanne Strätker	CDU
Regina Theopold	CDU
Marco Upmann	CDU
Jan Van de Vyle	UBG
Helmut Walter	FDP

Von der Verwaltung

Doris Block
Stefan Kohaus

Schriftführung

Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Bürgermeister stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Das Ratsmitglied, Herr Waldemar Bogus, verlässt das Gremium mit dem heutigen Tag. Der Bürgermeister unterstreicht sein Bedauern für das Ausscheiden und bedankt sich für die geleistete Arbeit. Für die Zukunft wünscht er Herrn Bogus alles Gute.

2	Mitteilungen
----------	---------------------

Der Bürgermeister verliest die aktuell eingegangenen Anträge, die zunächst in den Fachausschüssen beraten werden.

Frau Block verweist auf eine Pressemitteilung, in der über die Förderung für die naturnahe Gestaltung eines Platzes als Begegnungs- und Aufenthaltsort in Darup berichtet wird. Sie informiert, dass es sich um die Förderung für die Herrichtung der Schulhoffläche der Grundschule Darup handelt. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist im Haushalt 2023 mit 350 T€ beziffert. Als Förderung erhält die Gemeinde rund 180 T€.

3	Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
3.1	Integriertes Mobilitätskonzept – Priorisierung Umsetzung Vorlage: 156/2023

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Die Priorisierung der Umsetzung der Maßnahmen des Mobilitätskonzeptes wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

3.2	Antrag nach § 24 GO NRW - Durchführung von Verkehrsversuchen zur Entlastung und Entschleunigung der Erschließungsstraßen im Süden Nottulns Vorlage: 154/2023
------------	---

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

1. Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.
2. Auf Grundlage des im Rahmen der Baugebietsentwicklung „Südlich Lerchenhain“ erstellten verkehrlichen Gutachtens von SHP, welches von den vier Maßnahmenvorschlägen zur Verbesserung der straßenräumlichen Situation im Umfeld der Bodelschwinghstraße, Steinstraße, Lerchenhain sowie Dülmener Straße Maßnahme IV als guten Kompromiss vorschlägt, wird von einer Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung sowie der Durchführung von Verkehrsversuchen aus Kapazitäts- als auch Kostengründen abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 22 Nein 4 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

3.3 Barrierefreie Zuwegung zu den Bereichen Bürgerpark, Bouleplatz, Bürgerwald, Vereinsheim und Sportplatz (Naturrasenfläche) Schapdetten. Die notwendigen Mittel (ca. 51.300 €) sollen von der Gemeinde Nottuln zur Verfügung gestellt werden.

Antrag der Freien Demokraten (FDP) vom 18.08.2023.

Vorlage: 151/2023

Ratsherr Dr. Geuking regt an, nochmals über den geänderten Beschlussvorschlag nachzudenken. Zielführend seien keine schnellen Lösungen. Er bekräftigt, die Wege mit Pflastersteinen wiederherzurichten. Eine Pflasterung sei dauerhafter, nachhaltiger und damit eine bessere Lösung. Wassergebundene Deckschichten auf den Wegen müssen häufiger nachgearbeitet werden. Insofern sei vor dem Hintergrund von Eigenleistungen durch den Sportverein ein Kostenvergleich auch im Hinblick auf die Nachhaltigkeit zu prüfen. Dies sei vor allem bei der Zuwegung zum Bürgerwald als überschaubare Fläche interessant. Ratsherr Dammann kann diesen Prüfauftrag mittragen. Ratsherr Rulle unterstützt den Antrag der FDP und weist darauf hin, etwas Dauerhaftes auf den Weg bringen zu wollen. Eine Pflasterung müsse für dreißig Jahre halten, so Ratsherr Gausebeck. Der Bürgermeister bewertet diese Vorgehensweise positiv, um Schnellschüsse zu vermeiden.

Beschluss:

Die Gemeinde wird beauftragt, einen barrierefreien Zuweg zum Bürgerpark, Bürgerwald, Vereinsheim und Sportplatz (Naturrasenfläche) Schapdetten durch eine wassergebundene Oberfläche herzustellen. Zunächst ist zu prüfen, ob eine wassergebundene Oberfläche oder eine Pflasterung längerfristig wirtschaftlich ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**3.4 Umgestaltung der Parkplatzsituation an der Lindenstraße (bei Geiping)
Vorlage: 106/2023/1**

Ratsherr Mentrup hebt hervor, Planungskosten für die Umgestaltung der Parkplatzsituation in den nächsten Haushalt einzustellen. Es müsse aufgrund der bestehenden Belastung eine Lösung gefunden werden. Der Bürgermeister erklärt, die Planungskosten mit dem eigenen Personal möglichst gering halten zu wollen.

Beschluss:

Es wird beschlossen, diese Planung nicht weiterzuverfolgen. Alternativ wird ein Gesamtkonzept für diesen Abschnitt der Lindenstraße erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

3.5 Lasershow als Alternative zum Höhenfeuerwerk anlässlich Martinimarkt 2023 Vorlage: 152/2023
--

Wegen der Haushaltslage seien die Kosten für eine Lasershow zu hoch, so Ratsherr Dammann. Insofern müsse darauf verzichtet werden. Ratsherr Gausebeck unterstreicht ebenfalls die notwendige Einsparung aufgrund des defizitären Haushaltes. Ratsherr Rulle würde ein Feuerwerk weiterhin begrüßen wollen, könne den Weg von Ratsherrn Dammann jedoch mitgehen. Ratsherr Walter hebt die Attraktion hervor, an der er festhalten möchte. Eine Lichtershow stelle ein wesentliches Publikumsmagnet für den Markt dar. Der Bürgermeister betont, dass das Feuerwerk von den Schaustellern sehr geschätzt werde. Für die Abstimmung schlägt er vor, zunächst über das Feuerwerk, dann über die Lasershow und in einem weiteren Schritt über das „Weder – Noch“ abzustimmen. Da der letztgenannte Beschlussvorschlag aber der weitergehende ist, wird darüber zuerst abgestimmt.

Beschluss:

Aus Anlass des Martinimarktes wird weder ein Feuerwerk noch eine Lasershow durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 12 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

4	Angelegenheiten des Ausschusses für Planen und Bauen
----------	---

4.1	Satzungsbeschluss der Aufstellung der 33. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 „Schapdetten Nord“ im Bereich „Alte Schule“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB Vorlage: 153/2023
------------	--

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

1. Der Abwägung der zur 33. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 „Schapdetten Nord“ abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 vorgeschlagen, zugestimmt.
2. Die vorliegende 33. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 „Schapdetten Nord“ (siehe Anlage 2) im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die zugehörige Änderung (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

4.2	Festlegung eines Standortes für ein weiteres Übergangwohnheim für Geflüchtete in Nottuln - „Nottuln – Eckfläche des Wellenfreibades (Teil der Liegewiese hinter dem alten Kinderbecken)“ Vorlage: 158/2023
------------	---

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Verwaltung wird vom Rat beauftragt,

1. die Machbarkeit am vorgeschlagenen Standort zu prüfen und in der nächsten Ausschusssitzung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (Ja 20 Nein 5 Enthaltung 2)

2. alternative Standorte werden geprüft und ebenfalls vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3. eine Information der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der schnellen Unterbringung von Geflüchteten wird gewährleistet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4.3 Bau von Kindertagesstätten durch Investor:innen Vorlage: 160/2023

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Die Errichtung von Kindertagesstätten kann auch durch externe Investor:innen erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 21 Nein 6 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

4.4 Kameraüberwachung des Schulhofes vom Rupert-Neudeck-Gymnasium. Vorlage: 157/2023
--

Ratsherr Dammann schlägt vor, das Thema Kameraüberwachung unter Einbezug der Elternschaft, Lehrer und Schüler zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bildung und Soziales zu verweisen. Ratsfrau Dr. Quadt-Hallmann informiert, dass die Kameraüberwachung ein ausdrücklicher Wunsch der Schule als letztes Mittel der Wahl sei, da andere Maßnahmen bislang nicht erreicht hätten. Die Erfahrungen der Nachbarkommunen seien mit der Überwachung der Schulhöfe positiv zu bewerten. Ratsherr Siehoff betont, dass die Vorkommnisse in der Dunkelheit stattfinden und demzufolge die Personen nicht zu erkennen seien. Eine Auswertung der Bilder sollte nur bei Vorkommnissen erfolgen. Er schlägt eine probeweise Kameraaufstellung vor. Ratsherr Van de Vyle zweifelt die positiven Erfahrungen der Nachbargemeinden an und bezieht die Bewertung auf Einzelfälle. Er bewertet die Maßnahmen gegen Gewalt und Drogen etc., die im Vorfeld stattgefunden haben, als wirkungslos. Hier bestehe ein ungelöstes Problem. Ratsherr Dr. Geuking stimmt dem Vorschlag von Ratsherrn Dammann in der Beratungsfolge zu. Zunächst müsse die Diskussion in den Schul- und Bauausschuss und dann in den Rat. Ratsherr Rulle erklärt, dass der Vandalismus nachts stattfände, wenn keine Schulsozialarbeit erfolge. Vandalismusschäden seien nach einem Wochenende nicht zu übersehen. Jeder habe das Bedürfnis, dass etwas passieren müsse. Demzufolge müssen wir bereit sein, jetzt zu handeln. Die Prävention erreicht nicht alle, so

Ratsherr Rutenbeck. Für die Mitarbeitenden ist das frustrierend. Insofern werden über die Schulsozialarbeit hinaus weitere Maßnahmen notwendig. Er schlägt vor, die Kameraüberwachung nach einem Jahr zu evaluieren. Ratsherr Danziger sieht damit nicht die Lösung des gesellschaftlichen Problems. Er verbindet mit der Kameraüberwachung eine „Placebo-Lösung“. Des Weiteren sei die zu überwachende Fläche sehr groß. Im Rahmen der Kostenaufstellung müsse festgelegt werden, welche Bereiche überwacht werden sollen. Ratsherr Mentrup verdeutlicht, dass von den Kameras durch Infrarotlicht auch nachts gute Aufnahmen erstellt werden können. Die gesamte Schulhoffläche könne natürlich nicht bewacht werden. Die psychische Wirkung auf Menschen bei Vandalismusschäden sei nicht zu unterschätzen. Insofern könne er den Diskussionsbedarf nicht nachvollziehen.

Der Bürgermeister möchte über den weitergehenden Beschlussvorschlag abstimmen lassen (zusätzliche Beratung im Ausschuss für Bildung und Soziales auch mit allen anderen Schulen).

Beschluss:

1. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, die Kosten einer Kameraüberwachung für das Schulhofgelände des Rupert-Neudeck-Gymnasiums zu ermitteln und diese mit den Folgekosten der Vandalismusaktionen zu vergleichen. Zudem sind die rechtlichen Vorgaben der Kameraüberwachung zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

2. Im Ausschuss für Bildung und Soziales soll zu der Durchführung der Maßnahme mit Einbezug der Eltern, Lehrer und Schulleitungen aller Schulen ein Votum erarbeitet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3. Die passenden Orte für die Positionierung der Kameras sollen mit der Schulleitung und den Hausmeistern des RNG nach positivem Votum abgesprochen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4. Sollte es ein positives Votum geben und damit das Aufstellen der Kameras erfolgen, sind die Maßnahmen nach einem Jahr zu evaluieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1)

5 Verschiedenes

Ratsfrau Dr. Quadt-Hallmann informiert, dass sie beim zuständigen Ministerium nachgefragt habe, ob das beschleunigte Baurecht für Flüchtlingsunterkünfte auch für den Neubau von Kitas geeignet sei. Da es sich hierbei um ein Bundesthema handle, werde sie eine Rückmeldung von Herrn Marc Henrichmann (Mitglied des Deutschen Bundestages) erhalten.

Ratsherr Danziger weist auf den SPD-Antrag „Bebauung Stiftsplatz 5“ hin, der nicht als Tagesordnungspunkt in der heutigen Ratssitzung aufgelistet sei. Herr Kohaus bestätigt den Eingang des Antrags und ergänzt, dass nach Rücksprache mit dem Bauantragsteller eine Fristverlängerung vereinbart worden sei und deshalb die Beratungsfolge zunächst in dem Bauausschuss und dann im Dezember im Rat eingehalten werden könne. Eine Dringlichkeit sei daher nicht gegeben.

Ratsfrau Dr. Diekmann lobt die Möglichkeit des Probens für das Landesjugendorchester während der Herbstferien in den Räumlichkeiten des Gymnasiums seit über 30 Jahren. Ebenso schätzt sie die Unterbringungsmöglichkeit der Jugendlichen vor Ort in der Jugendherberge. Sie empfiehlt den Besuch der genussvollen Abschlusskonzerte in Nottuln, die auch eine gute Werbung für die Gemeinde darstellen.

Ratsfrau Johann fragt nach der aktuellen Verteilung der Biotonnen für das öffentliche Laub an die berechtigten Bürger. Sie habe Kenntnis darüber, dass einige Personen keine Tonnen erhalten haben. Frau Block informiert, dass 153 zusätzliche Biotonnen aufgestellt werden. Davon konnten bereits 48 Stück zur Verfügung gestellt werden. Die restlichen Tonnen müssen noch beim Hersteller besorgt werden. Eine Abarbeitung könnte dann in der 44. Kalenderwoche erfolgen.

Dr. Dietmar Thönnies
Bürgermeister
Vorsitzender

Elke Schulz
Schriftführerin